

Ihre Abgeordnete Nadine Schön informiert:

BERLIN AKTUELL

DIE WOCHE IM BUNDESTAG VOM 30.11.-04.12.2015



Ausgewählte Termine von Nadine Schön:

- Montag: Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes der Bundestagsfraktion sowie des Fraktionsvorstandes
- Montag: Fraktionsrunde Familie
- Dienstag: Sitzung meiner beiden Arbeitsgruppen
- Dienstag: Kauder-Runde und Fraktionssitzung
- Mittwoch: Besuch beim Fraunhofer FOKUS
- Mittwoch: Pressegespräch zum Prostituiertenschutzgesetz und zur Frauenpolitik

Abonnieren auch Sie den Newsletter von Nadine Schön und schreiben Sie an: nadine.schoen@bundestag.de

- Mittwoch: Ausschuss Digitale Agenda
- Mittwoch: Telefoninterview „mitmischen.de“
- Donnerstag: Fachgespräch zur Digitalisierung der Arbeitswelt
- Donnerstag: Sitzung Vorstand Gruppe der Frauen
- Donnerstag: Keynote beim Social Media Workshop
- Donnerstag: Fachgespräch zur Rentenpolitik
- Donnerstag und Freitag: Plenum und namentliche Abstimmungen
- Freitag: Kaffee und IT(ce)
- Freitag: Fachgespräche zur Familienpolitik, Datenschutz-Grundverordnung sowie mit der AG Privater Rundfunk
- Freitag: Gespräch mit Kanzleramtmister Peter Altmaier

ALLIANZ GEGEN DEN IS-TERROR

Die Anschläge von Paris galten nicht nur Frankreich, sondern waren ein Angriff auf uns alle: auf unsere europäischen Werte und unsere Lebensweise. Was sich dort ereignet hatte, ist an Grausamkeit und Schrecken kaum zu überbieten. Menschen wurden völlig willkürlich, wahllos und brutal durch Terroristen ermordet. Unsere gesamte Zivilisation wird durch die Gräueltaten des „Islamischen Staates“ (IS) bedroht. Auch wir stehen noch immer unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse und dem sinnlosen Morden.

Als Reaktion hat die französische Regierung ihren militärischen Einsatz gegen die IS-Truppen in Syrien ausgeweitet und Deutschland um militärische Hilfe gebeten.

In dieser Woche haben wir



Foto: ToKo-CDU/CSU-Bundestagsfraktion

lange und sehr intensiv die Solidarität mit unserem Nachbarland diskutiert und welche Verpflichtungen wir im Zuge der deutsch-französischen Freundschaft, aber auch infolge unserer internationalen Verantwortung wahrnehmen müssen. Auch ich habe dem zunächst auf ein Jahr begrenzten Mandat für einen Bundeswehreinsatz in Syrien zugestimmt. Die Bundeswehr wird sich im Rahmen dieses erteilten Mandates bei der Luftaufklärung und Luftbetankung sowie beim Begleitschutz für französische Flug-

zeugträger mit bis zu 1200 Soldatinnen und Soldaten an dem Einsatz beteiligen.

Wir wollen und müssen den IS eindämmen und den Irak so stabilisieren, dass alle Bevölkerungsgruppen angemessen eingebunden werden.

Militärisches Vorgehen kann dabei natürlich nur ein Teil der Lösung sein, um daneben mit diplomatischen und politischen, aber auch humanitären Bemühungen auf internationaler Ebene eine nachhaltige politische Befriedung Syriens und der gesamten Region zu erreichen.

Deutschland darf sich seiner internationalen Verantwortung in diesem Konflikt nicht entziehen, sondern muss sich im Rahmen der Allianz gegen den IS aktiv auf allen Ebenen um eine Konfliktlösung bemühen.

FORSCHUNG ALLTAGSTAUGLICH/PRAXISNAH

Außerordentlich beeindruckend war ein Besuch beim Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS), einem der weltweit führenden Institute der angewandten Forschung und Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie. Besonders faszinierend waren dabei die praktischen Demonstrationen in den Labs. Hier konnte ich mich vor Ort davon überzeugen, wie Forschung in alltagstaugliche, intelligente Systeme umgemünzt werden kann, die das Zusammenleben der Menschen komfortabler und sicherer gestalten. So wurde am Beispiel einer



Unwetterwarnung exemplarisch vorgeführt, wie intelligent eine solche Herausforderung im



Sinne der Menschen und ihrer Sicherheit gemeistert werden kann.

Es ist in der Tat beeindruckend, wie es dem Institut gelingt, von vernetzter Mobilität und Sicherheitssystemen, über smart cities, smart communication und smart

energy bis hin zu moderner öffentlicher Verwaltung sowie E-Health bedarfsorientierte Brücken zwischen Unternehmen, öffentlicher Verwaltung, Nutzern und den Menschen zu schlagen.

Hier werden zukunftsweisende Innovationen entwickelt, die sicherlich schon in einigen Jahren aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken sind.

Meldungen:

Berlin: Ein-Euro-Jobs als Sprungbrett!

Einer Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge tragen Arbeitsmöglichkeiten für Arbeitslosengeld-II-Empfänger, sogenannte Ein-Euro-Jobs, dazu bei, die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmer zu erhalten.

Zwei Drittel der befragten Einsatzbetriebe hielten diese arbeitsmarktpolitische Maßnahme demnach für geeignet, die Teilnehmer wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Als Hemmnis sahen 16 Prozent der Betriebe an, dass die Maßnahmen nicht dazu ausgelegt seien, persönliche Probleme der Teilnehmer zu lösen, jeweils 15 Prozent gaben an, dass die Teilnehmer zu wenig qualifiziert seien und dass die Ein-Euro-Jobs nicht den Anforderungen einer regulären Beschäftigung entsprächen.

Dennoch sehen 82 Prozent der Betriebe ihre Teilnehmer als geeignet für den jeweiligen Ein-Euro-Job an, mehr als die Hälfte der befragten Betriebe stellte sogar eine Eignung für ein reguläres Beschäftigungsverhältnis fest.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Impressum:

Bundestagsbüro Nadine Schön
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 700 61
Fax: 030 / 227 766 41
Mail: Nadine.Schoen@bundestag.de
Internet: www.nadine-schoen.de

NEUER STUDENTISCHER MITARBEITER

Mein Name ist David Kutsch, ich bin 26 Jahre alt und unterstütze seit Anfang November als studentischer Mitarbeiter das Team von Nadine Schön.

Nach meinem Abitur am Arnold-Janssen-Gymnasium in St. Wendel habe ich ein Bachelorstudium in Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz absolviert und bin für mein Masterstudium nun an der Universität Potsdam eingeschrieben.

Während meines Studiums konnte ich bereits im Rahmen verschiedener Praktika im poli-



tischen Berlin erste praktische Berufserfahrungen sammeln. Da mir die Arbeit in diesem Bereich sehr viel Spaß gemacht hat, freue ich mich, neben meinem Studium im Büro von Nadine Schön weitere Erfahrungen sammeln zu können.

Inhaltlich werde ich mich schwerpunktmäßig mit digitalen Themen befassen. Darüber hinaus lassen die ersten Wochen aber bereits die Vielseitigkeit der Aufträge erahnen, die in einem Abgeordnetenbüro bearbeitet werden.

Zudem habe ich hier die Möglichkeit, sowohl Abläufe als auch Strukturen des Deutschen Bundestag kennenzulernen. Daher freue ich mich auf diese außerordentlich spannende Herausforderung, die Zusammenarbeit im Team und die kommenden Aufgaben.

SCHWESIG MUSS VERTRAGSTREU BLEIBEN



Seit knapp zwei Jahren diskutieren wir jetzt schon das Prostituiertenschutzgesetz, welches insbesondere auch für uns in der saarländischen Grenzregion von großer Bedeutung ist.

In langen und intensiven Verhandlungen war es uns koalitionsintern gelungen, einen Kompromiss mit klaren Vereinbarungen zu erarbeiten. Das SPD-geführte Bundesfrauenministerium hat diese Vereinbarungen jetzt zu Lasten schutzbedürftiger Prostituiierter gebrochen, indem es nämlich die Standards deutlich absenken will. Es ist keine Art des konstruktiven und respektvollen Umgangs miteinander, bereits vereinbarte und für uns wichtige Regelungen aus dem Gesetzesentwurf zu streichen und das ganze Schutzsystem für die Prostituierten in die Zukunft zu verlagern.

Wir sind mit Blick auf die aktuelle Situation der Kommunen bereit, über Maßnahmen der Entschleunigung bei der Umsetzung des Gesetzes sowie Flexibilisierungen der Übergangsfristen zu diskutieren. Dies habe ich mit Marcus Weinberg, dem familienpolitischen Sprecher unserer Fraktion, in einem Hintergrundgespräch nochmals betont.

Aber die nun vorgeschlagenen Änderungen treffen wesentliche Schutzelemente und damit den Kern des Gesetzes. Hier mit der Sorge vor Bürokratiewachstum zu argumentieren, ist befremdlich. Bei Gesetzen zu Mindestlohn, Frauenquote und Mietpreisbremse wurden Bürokratiewachstum von denselben Leuten ohne weiteres hingenommen. Gerade in diesen Zeiten, in denen Menschenhandel und Missbrauch von Flüchtlingsfrauen zunimmt, braucht es eher ein

Mehr an Schutz gegen Fremdbestimmung und Zwang zur Prostitution als ein Weniger.

Die vom SPD-geführten Ministerium gewünschte Absenkung der Schutzstandards würde zu einer Aushöhlung des Schutzzwecks unseres Gesetzes führen. Menschenhändler, Zuhälter und Bordellbesitzer werden angesichts der neuen Vorschläge aus dem Hause Schwesig in die Hände klatschen. Sie haben ja auch eine gut organisierte Lobby. Die betroffenen Zwangsprostituierten und anderweitig fremdbestimmten Frauen leider nicht. Gerade für diese Gruppe machen wir aber das Gesetz.

Wenn es um das Ziel eines besseren Schutzes von Schwachen und Ausgebeuteten geht, muss der Staat handeln und seiner Verantwortung gerecht werden!